

GESETZBLATT

313

der Deutschen Demokratischen Republik

Teil H

1955	Berlin, den 2. September 1955	Nr. 47
------	-------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
22. 8. 55	Anordnung über das Haushaltsvollstreckungsverfahren in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft	313
25. 8.55	Anordnung über die Aufstellung von Analysen zu den Kontrollberichten der örtlichen volkseigenen Wirtschaft (ohne Handel und Landwirtschaft).....	315
15.8.55	Sechsenddreißigste Bekanntmachung über die Verbindlichkeitserklärung von Standards der Deutschen Demokratischen Republik	317

Anordnung über das Haushaltsvollstreckungsverfahren in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft.

Vom 22. August 1955

Die Betriebe der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft sind gesetzlich verpflichtet, ihre Haushaltsverpflichtungen termingemäß gegenüber den zuständigen Organen zu erfüllen. Bei Verstößen gegen diese Verpflichtung ziehen diese Organe die rückständigen Beträge im Haushaltsvollstreckungsverfahren (H-Verfahren) ein, für das die nachfolgenden Bestimmungen gelten.

Abschnitt I

Vollstreckungsberechtigte Organe

1. Am H-Verfahren nehmen teil
 - a) das Ministerium der Finanzen, Abgabenverwaltung, und die Abteilungen Finanzen, Unterabteilung Abgaben, bei den Räten der Bezirke und Kreise,
 - b) die Ministerien und die ihnen unterstellten Verwaltungen,
 - c) die zuständigen Abteilungen der Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden,
 - d) die Hauptverwaltung der Deutschen Versicherungsanstalt und ihre Kreisdirektionen.

2. Im Gebiet von Groß-Berlin treten hinsichtlich der Durchführung eines H-Verfahrens gegen Schuldnerbetriebe mit dem Sitz in Groß-Berlin an die Stelle der in Ziff. 1 genannten Organe der Deutschen Demokratischen Republik die entsprechenden Organe von Groß-Berlin.

Abschnitt II

Vollstreckbare Forderungen

Im H-Verfahren können folgende Haushaltsforderungen nach ihrer Fälligkeit eingezogen werden:

1. Zum zentralisierten Reineinkommen des Staates gehörende Beträge (Produktions- und Dienstleistungsabgabe, Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer, abzuführende Gewinne und sonstige Abgaben und Haushaltsverpflichtungen);
2. die für die übergeordnete Verwaltung zur Umverteilung bestimmten Beträge (Amortisationen, Gewinnabführung);
3. Umlaufmittelüberschüsse;
4. Pflichtversicherungsbeiträge (SV-, Globalversicherungs- und sonstige Pflichtversicherungsbeiträge);
5. gesetzliche Verzugs- und Verspätungszuschläge und Stundungszinsen auf Beträge nach Ziffern 1 bis 4;
6. Mehrerlöse auf Grund von Mehrerlösabführungsbescheiden.

Noch lieferbar

das zusammengefaßte Stichwortverzeichnis

Gesetzblatt - Materialblatt - Zentralblatt der Jahrgänge 1949-1954

Zu beziehen zum Preise von 8,20 DM über den Buchhandel